

Naturzerstörung in Hamburg

Hamburg treibt Raubbau mit seiner Natur. Der Verbrauch von Grün- und Freiflächen hat sich im letzten Jahrzehnt verdoppelt. Jährlich wird im Mittel fast die zweifache Fläche der Außenalster bebaut und versiegelt. In jedem Jahr verliert Hamburg mehrere tausend Bäume, die ersatzlos gefällt werden. Seitdem der Senat 2001 beschloss, in Hamburg "wucherndes Grün zügig zu beseitigen", sind große Teile der natürlichen Strauch- und Krautvegetation öffentlicher Grünflächen systematisch ausgeräumt worden. Zurück bleiben totgepflegte, durchsichtige Parks und kahlgeschorene Straßenrandstreifen, die in letzter Zeit zunehmend mit Basaltschotter oder schwermetallhaltiger Kupferhüttenschlacke abgedeckt werden. Bei anhaltender Klimaerwärmung droht eine Stadt mit immer weniger Grün zur gefährlichen Hitzefalle zu werden. Gesundheit und Lebensqualität der Menschen stehen auf dem Spiel.

Grün- und Freiflächenverbrauch

"Von 2002 bis 2007 hat sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Hamburg um durchschnittlich 283 ha pro Jahr auf Kosten von Landwirtschaft und Freiräumen vergrößert. Das ist fast die doppelte Fläche der Außenalster – jedes Jahr. Damit überschreitet Hamburg bisher vorgeschlagene Zielwerte (23 ha, 66 ha) um ein Mehrfaches" [1, 2]. "Hamburg [hat] in den letzten Jahren den höchsten Flächenverbrauch aller deutschen Großstädte zu verzeichnen" [3].

Grün- und Freiflächenverbrauch werden unter der gegenwärtigen Landesregierung - bei verstärktem Einfluss der Handelskammer [4] - weiter beschleunigt. Führende Regierungspolitiker instrumentalisieren derzeit den **Wohnungsbau** gegen den Naturschutz in Hamburg [5]. Grünflächen sollen "auch gegen den Bürgerwillen" bebaut werden [6]. Mit dem "Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau: Vereinbarung zwischen Senat und Bezirksämtern zum Wohnungsbau" [7] wurden die administrativen Voraussetzungen dafür geschaffen, Bürgerentscheide, die sich für den Naturschutz auch bei Wohnungsbauvorhaben einsetzen, von vornherein unmöglich zu machen [8].

Gleichzeitig unterbreitet die Handelskammer Hamburg "Vorschläge für die Entwicklung neuer **Gewerbeflächen** in Hamburg" auf einer Gesamtfläche von 572 Hektar [9, 4]. Mehr als die Hälfte, nämlich 290 Hektar der zur Gewerbenutzung vorgeschlagenen Flächen [10] sind derzeit als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen und meist von hohem ökologischen Wert. Zur Ausschaltung eines möglichen Bürger-Widerstands auf Bezirksebene empfiehlt die Handelskammer die "Wahrnehmung der Planungshoheit durch den Senat im Rahmen eines Gewerbeflächenentwicklungsprogramms" [9, 4].

Ausräumung der natürlichen Bodenvegetation

Die flächenhafte Beseitigung der Spontanvegetation in Hamburg nimmt in der auf "Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt" ausgerichteten Politik des Senats seit 2001 einen wichtigen Platz ein. **Wildkräuter** im öffentlichen Raum werden in den Verlautbarungen des Senats durchwegs als etwas Unsauberes und Störendes dargestellt und jeweils in einem Atemzug mit Hundekot, Taubenkot, Müllablagerungen und Graffiti genannt [11]. Für die Wildkraut-Bekämpfung wurden in der letzten Dekade Millionen von Euro an öffentlichen Geldern ausgegeben (z.B. [11], S. 7 und 14). "Grünpaten" werden von den Bezirken systematisch zur Wildkraut-Entfernung aufgefordert [12]. Und Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger werden über Beschäftigungsgesellschaften dazu angehalten [13], Wildkräuter im öffentlichen Raum bis auf den nackten Erdboden auszuräumen. Schon wegen des Einsatzes vorherrschend unqualifizierter Arbeitskräfte muss damit gerechnet werden, dass überall in Hamburg auch geschützte Wildkräuter flächenhaft entfernt werden.

Da die Wildkräuter der Stadt mit ihrer Kleinfafauna ein wichtiges Basisglied in der Nahrungspyramide des städtischen Ökosystems darstellen, verstößt ihre systematische Ausräumung gegen geltende Naturschutzgesetze (z.B. [14]).

So ist es nach § 39 Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz verboten,

"2. wild lebende Pflanzen ohne vernünftigen Grund von ihrem Standort zu entnehmen oder zu nutzen oder ihre Bestände niederzuschlagen oder auf sonstige Weise zu verwüsten,

3. Lebensstätten wild lebender Tiere und Pflanzen ohne vernünftigen Grund zu beeinträchtigen oder zu zerstören."

Und nach § 2 Absatz 4 Bundesnaturschutzgesetz gilt:

"Bei der Bewirtschaftung von Grundflächen im Eigentum oder Besitz der öffentlichen Hand sollen die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege in besonderer Weise berücksichtigt werden."

Versiegelung offener Böden im Grünbereich

Um das Wachstum von Wildkräutern im öffentlichen Raum zu verhindern und so die Kosten für deren Beseitigung zu sparen, werden unversiegelte Flächen an Straßen und auch in Parkanlagen zunehmend mit Gesteinsmaterial abgedeckt und versiegelt.

Weit verbreitet ist das Aufbringen und anschließende Verdichten von Gemischen aus Split, Brechsand und Füller (Gesteinsmehl), wie sie im Wegebau für **Wassergebundene Decken** verwendet werden. "Wassergebundene Decken sind stark verdichtet, Regenwasser dringt nicht in sie ein, sondern fließt fast komplett seitlich ab" [15]. Der "Anteil des Niederschlages der aufgrund der Versiegelung nicht durch den Boden unmittelbar aufgenommen werden kann" beträgt bei "Wassergebundene Decken ... 80 %" ([16], S. 3). Die Versiegelung wird vielfach bis unmittelbar an Bäume und deren Wurzelbereich herangeführt.

Auch sortierter **Gesteins-Splitt und -Schotter** wird in letzter Zeit auf Plätzen und an Straßenrändern auf bisher mit Straßenbegleitgrün bedeckten Seitenrandstreifen und

Baumscheiben ausgebracht [17]. Bei dem Gesteinsmaterial handelt es sich meist um schwarzgrauen Basalt (Fruchtallee, Fanny-Mendelsohn-Platz, Falkenried-Quartier), gelegentlich um Lapilli, also erbsen- bis nussgroßes vulkanisches Auswurfsmaterial (Hallerplatz). Zunehmend wird inzwischen auch mit Schwermetall und Arsen belastete, schwarzgraue **Kupferhüttenschlacke** ("Affi-Schlacke") auf Straßenrandstreifen und Baumscheiben (Billhorner Brückenstraße [17], Kreisverkehrsplatz bei der U-Bahnstation Lutterothstraße) und in Parkanlagen (Hammer Park) abgelagert.

Die Schotter sind oft mit einer **Vliesmatte** unterlegt, offenbar um das Wachstum von Wildkräutern zusätzlich zu verhindern.

Die fortschreitende Versiegelung bisher offener, mit Vegetation bestandener Flächen und ihre Abdeckung mit Vliesmatten und schwarzgrauem Gestein schaden nicht nur der städtischen Biodiversität und Lebensqualität, sie haben auch erhebliche negative Auswirkungen auf das mit der globalen Erwärmung zunehmend aufgeheizte **Stadtklima** und auf die Abflussmengen der damit verbundenen **Starkniederschläge** [18].

Ausräumung der Strauchvegetation

Das naturzerstörende Handlungskonzept zur "Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt", das unter der Regie der "Partei Rechtsstaatlicher Offensive" des Ronald Schill entworfen [11] und in den Folgejahren bis heute als "Qualitätsoffensive Freiraum" fortgeführt wurde [19], hatte auch die Ausräumung eines Großteils der Strauchvegetation in Hamburg zur Folge. Die massive "Säuberung" der Stadt von ihrer natürlichen Vegetation löste anfangs noch Empörung aus und ist in Presseartikeln und Bürgerschafts-Drucksachen dokumentiert, so etwa in einem Artikel der Tageszeitung (taz) vom 19.11.2003, wo es hieß:

"Weil sich der Senat die Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit der Stadt vorgenommen hat, roden die Bezirke vielerorts das Buschwerk an Straßenrändern. Als die GAL Nord entsprechende Pläne zu sehen bekam, reagierte sie schockiert. 'Mit der Rodung würden wir weitere biologisch wertvolle Kleinflächen verlieren' ..." [20].

Und in einem Antrag zum Haushaltsplan-Entwurf 2004 rügte die SPD-Bürgerschaftsfraktion am 8.12.2003 den Hamburger Senat wegen seiner

"Politik, Büsche und Bäume an Straßenrändern rauszureißen und keine Straßenbäume mehr nachpflanzen zu lassen ... Gleichzeitig wird den Bezirken in einer Globalrichtlinie der Kahlschlag am Straßenbegleitgrün und Aussaat von Rasen diktiert" [21].

Die "Erhöhung der visuellen Transparenz ... durch z.B. Auslichten der Gehölzbestände" ([19], S. 12) ist heute fester Bestandteil der täglichen Entgrünungspolitik in Hamburg.

Exzessiver Baumschnitt

Baumschnittarbeiten werden in Hamburg vielfach unter Nichtbeachtung einschlägiger fachtechnischer und naturschutzgesetzlicher Vorschriften durchgeführt. Nach den geltenden Richtlinien - etwa der "ZTV Baumpflege" [22] - ist ein **Lichttraumprofil** von lediglich 2,5 m über Fußwegen und 4,5 m an Straßen mit Autoverkehr freizuhalten. In der Praxis

sieht man an Hamburger Straßen inzwischen allenthalben Aufastungen bis zu 8 – 10 m Höhe. Und auch Parkbäume werden überall ohne Notwendigkeit meterhoch ihrer Äste beraubt.

Weitgehend unbeachtet bleibt auch die Vorschrift, **Starkäste** nur in begründeten Ausnahmefällen abzuschneiden [23], weil das Anschneiden des Kernholzes in der Mehrzahl der Fälle zur irreparablen Baumschädigung führt [24].

Baumschädigend, biotopschädigend und unästhetisch ist darüber hinaus der verstümmelnde Baumschnitt, der an den **Ufern Hamburger Gewässer** zu beobachten ist [25].

Die Nichtbeachtung von Naturschutzbelangen manifestiert sich auch in der Durchführung der meisten **Baumschnittarbeiten während der Brutzeit**.

Übermäßige Baumrodungen

Hamburg "verliert jährlich netto rund 3.000 Bäume allein im öffentlichen Raum" [26]. Diese Quote hat sich in den letzten Jahren weiter gesteigert, nicht zuletzt wegen der Rodung tausender von Bäumen für die Gartenschau igs 2013 und die Bauausstellung IBA Hamburg [27].

Zerstörung von Biotopen und Biotopvernetzungen

Das Beispiel **igs / IBA / Wilhelmsburg** macht besonders deutlich, wie rücksichtslos mit der Natur in Hamburg umgegangen wird. Hier wurde nicht nur weit mehr als die Hälfte der ursprünglichen Vegetation vernichtet. Auch wertvolle, naturnahe Marschenbiotope wurden großflächig zerstört, darunter solche, die aufgrund ihrer Fauna in Gutachten zuvor als besonders schutzwürdig erkannt waren. Durch die Aufschüttung von Abraum vom Aushub des DESY-Beschleunigerrings und des U4-Bahnbaus in der Hafencity wurden die Bodenfunktionen ausgedehnter Marschenflächen auf dem igs-IBA-Gelände ohne jeden Ausgleich vernichtet. Grundwasserabsenkungen durch die zahlreichen Baumaßnahmen führen zum biologischen Abbau organischer Weichschichten und damit zur Freisetzung von klimarelevantem CO₂ [28].

Ein weiteres Beispiel geplanter Biotopzerstörung ist das Bebauungsplanverfahren Lokstedt 59. Es soll die weitgehende Abholzung und Bebauung des **Willinks Parks** ermöglichen. Dieser heute naturnahe Rest eines ehemaligen Landschaftsparks aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist nach der amtlichen Hamburgischen Biotopkartierung ein ökologisch besonders wertvoller Waldbiotop mit hoher Biodiversität und erheblicher Bedeutung für den regionalen Biotopverbund [29]. Mitte Januar 2012 wurde ein Bauzaun um den Waldbiotop errichtet.

Gefährdet sind nach wie vor Teile des ökologisch wertvollen **Grünzugs am Isebekkanal** in Hamburg-Eimsbüttel [30], einem wichtigen Teil des innerstädtischen Biotopverbundsystems. Hier waren zunächst (2006) umfangreiche Abholzungen, Versiegelungen und Bebauungen für eine "Ise-Promenade" vorgeschlagen worden [31]. Als 2008 eine konkrete Großbebauung [32] und umfangreiche Gehölzrodungen drohten, konnten diese Maßnahmen vorübergehend durch ein erfolgreiches Bürgerbegehren [33] gestoppt werden. Nach einer "Scheinübernahme" des Bürgerbegehrens durch die Bezirksversammlung und

erneuten Versuchen des Bezirks, die am Isebekkanal geplante Großbebauung durchzusetzen, sprachen sich ein zweites Bürgerbegehren [34] und ein anschließender Bürgerentscheid [35] insbesondere für den Erhalt der Biotopvernetzung zwischen dem Isebek-Grünzug und einem südlich anschließenden, ökologisch wertvollen Grünzug entlang der U-Bahnstrecke aus [36]. Der am 1. Juli 2010 mit überwältigender Abstimmungs Mehrheit angenommene Bürgerentscheid zugunsten des vollständigen Biotoperhalts am Isebekkanal [37] wurde im Mai 2011 durch das Bezirksamt Eimsbüttel rechtswidrig "ausgehebelt" [38]. Die Biotopvernetzung des Isebek-Grünzugs mit den südlich anschließenden Grünzügen [36] wird damit zerstört.

Die Isebek-Initiative hat indes vorgeschlagen, wenigstens die ökologisch wertvollen Ufergehölzsäume am Isebekkanal als "Geschützten Landschaftsbestandteil" unter den besonderen Schutz des § 29 Bundesnaturschutzgesetz zu stellen [39].

Minderung des städtischen Grünvolumens

In der letzten Dekade ist in Hamburg das Grünvolumen [40], d.h. das Produkt von vegetationsbestandener Fläche und Vegetationshöhe, offenbar dramatisch reduziert worden. Während andere deutsche Großstädte, wie etwa Potsdam, regelmäßig das für das Stadtklima so wichtige Grünvolumen ihres Territoriums im Rahmen eines Umweltmonitorings ermitteln [41], verzichtet Hamburg bisher darauf, obgleich die Fernerkundungs- und Fachdaten dazu seit Jahrzehnten vorliegen.

Unterversorgung mit Grünflächen

Grundlage einer nachhaltigen Stadtentwicklung ist heute das **Leitbild der doppelten Innenentwicklung** [42]. Danach soll eine innerstädtische Verdichtung nur dort und dann stattfinden, "wenn gleichzeitig die Freiraumversorgung und -nutzbarkeit erhalten und verbessert wird und die Städte als Wohnstandort attraktiv bleiben" ([42], S. 5).

Für die Freiraumversorgung gelten seit langem Richtwerte, wie sie bereits im geltenden Hamburger Landschaftsprogramm (1997) angegeben wurden ([43], S. 183). Wohnungsnah, mit Fußwegentfernung bis 500 m, sollen mindestens 1 Hektar große Parkanlagen in der Größenordnung von 6 m² pro Einwohner zur Verfügung stehen. Siedlungsnah, mit Fußwegentfernung bis 1000 m, soll dieser Wert 7 m² Parkanlagenfläche pro Einwohner betragen. Ähnliche Orientierungswerte veröffentlichte der Deutsche Rat für Landespflege (2006) in seiner Abhandlung zu "Freiraumqualitäten in der zukünftigen Stadtentwicklung" ([42], S. 34).

Bereits jetzt sind weite Bereiche der dicht besiedelten Hamburger Innenstadt mit Grünanlagen unterversorgt. In diesen "Entwicklungsbereichen Naturhaushalt" soll nach den Vorgaben des Landschaftsprogramms die Grünversorgung verbessert werden und eine bauliche Verdichtung unterbleiben.

In der gegenwärtigen Diskussion zur Stadtentwicklung findet eine ausreichende Grünversorgung der Bevölkerung kaum noch Beachtung. Selbst in erheblich mit Grünflächen unterversorgten Stadtteilen, wie etwa dem Eimsbütteler Kerngebiet, wird der Grün- und Freiflächenverbrauch ohne Rücksicht auf die Lebensqualität der Bewohner fortgesetzt.

Quellenverzeichnis

1. "Wie nachhaltig nutzt Hamburg seine Fläche ?". Kurzstudie von Jochen Menzel, Zukunftsrat Hamburg, Mai 2008
http://www.zukunftsrat.de/fileadmin/pdf/stadtentwicklung/studie_flaechennutzung_ZR.pdf
2. "Hamburger Siedlungspolitik stellt Kampfansage gegen Erhalt der Biologischen Vielfalt dar!". Pressemitteilung des BUND Hamburg, 20. Mai 2008
http://bund-hamburg.bund.net/nc/presse/pressemitteilungen_hamburg/detail/artikel/hamburger-siedlungspolitik-stellt-kampfansage-gegen-erhalt-der-biologischen-vielfalt-dar/druckversion.html
3. "Vorrang für Natur- und Umweltschutz!". Pressemitteilung der Hamburger Umweltverbände zur Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters, 24. März 2011
http://bund-hamburg.bund.net/nc/presse/pressemitteilungen_hamburg/detail/artikel/vorrang-fuer-natur-und-umweltschutz/druckversion.html
4. "Handelskammer Hamburg greift nach der Macht". Weblog der Projektgruppe Stadtnatur Hamburg, 20. Februar 2011
<http://www.isebek-initiative.de/archives/23-Die-Stadt-als-Beute.html>
5. "Naturschutz blockiert Hamburgs Wohnungsbau. Senats-Beauftragter übt Kritik an Bezirken." Artikel im Hamburger Abendblatt, 24. November 2010
<http://mobil.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article1705332/Naturschutz-blockiert-Hamburgs-Wohnungsbau.html>
6. "Senat: Wohnungsbau auch gegen Bürgerwillen". Artikel im Hamburger Abendblatt, 22. März 2011
<http://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article1826504/Senat-Wohnungsbau-auch-gegen-Buergerwillen.html>
7. "Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau." Vereinbarung zwischen Senat und Bezirken zum Wohnungsneubau, 4. Juli 2011
<http://www.hamburg.de/contentblob/2962850/data/vertrag-fuer-hamburg.pdf>
8. "SPD baut Demokratie in Hamburg ab. Vertrag für Hamburg entmündigt Bezirke und macht Bürgerentscheide unmöglich". Weblog der Projektgruppe Stadtnatur Hamburg, 12. Juli 2011
<http://www.isebek-initiative.de/archives/26-Demokratieabbau-in-Hamburg.html>
9. "Hamburg 2030 - Ein Projekt der Handelskammer Hamburg". Broschüre, 173 Seiten, 31. Januar 2010; darin: "Gewerbeflächenentwicklungsprogramm 2030" (S. 108-109 und 167-173)
<http://www.hk24.de/share/Hamburg203072DPIGesamt.pdf>
10. "Vorschläge der Handelskammer Hamburg zur Bereitstellung von Gewerbeflächen in Hamburg ('Gewerbeflächenentwicklungsprogramm 2030')". Tabelle, zusammengestellt von Harald Duchrow
http://www.isebek-initiative.de/uploads/sn/HKHH_110131_GewerbeflEntwicklProgr2030.pdf
11. "Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt". Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 11. Februar 2003. Bürgerschafts-Drucksache 17/2231
<http://www.buergerschaft-hh.de/Parldok/tcl/PDDocView.tcl?mode=show&dokid=10620&page=0>
12. "'Hamburg macht grün' - Hamburger Grünpaten". Excel-Tabellen der Hamburger Bezirke mit geforderten "Pflegeleistungen" für "Grünpaten"; hier: Tabellenblatt Eimsbüttel (abgerufen: 24. Januar 2012)
http://www.gruenpate.de/seiten/katalog_gruenflaechen.xls
13. "Wildkrautbekämpfung – Sozialhilfemissbrauch des Senats zum Personalabbau in den Bezirken?". Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Jens Kerstan (GAL) vom 17.07.03 und Antwort des Senats vom 25. Juli 2003. Bürgerschafts-Drucksache 17/3098
<http://www.buergerschaft-hh.de/Parldok/tcl/PDDocView.tcl?mode=show&dokid=11570&page=0>
14. Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009, zuletzt geändert am 6. Dezember 2011
http://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2009/
15. "Radwegoberflächen". Webseite des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (adfc), Landesverband Sachsen vom 16. Dezember 2008
http://www.adfc-sachsen.de/index.php?option=com_content&task=view&id=176&Itemid=26

16. "Merkblatt Freiflächengestaltungsplan" des Landratsamts Freising vom 7. März 2005
<http://www.kreis-freising.de/fileadmin/docs/SG42/sg42merkblattFFPlan.pdf>
17. "'Schotter-Bäume' in Hamburg". Dokumentation von Harald Duchrow, 5. Juli 2011
http://www.isebek-initiative.de/uploads/sn/D_110705_SchotterBaeume_mAnl.pdf
18. "Die Städte heizen sich immer mehr auf". Artikel im Hamburger Abendblatt vom 18. Januar 2012
<http://mobil.abendblatt.de/ratgeber/wissen/article2161474/Die-Staedte-heizen-sich-immer-mehr-auf.html>
19. "Qualitätsoffensive Freiraum. Freiraumentwicklungskonzept Barmbek / Winterhude". Herausgegeben von dem Bezirksamt Hamburg-Nord, September 2010
<http://www.hamburg.de/contentblob/2640812/data/freiraum-qualitaetsoffensive.pdf>
20. "Nur Ratten im Busch. Bezirke roden Büsche an Straßenrändern. GAL Nord befürchtet Verlust biologisch wertvoller Flächen". Artikel der "Tageszeitung (taz)" vom 19. November 2003
<http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2003/11/19/a0232>
21. "Hamburger Stadtgrün pflegen" usw. Antrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsplan-Entwurf 2004, Einzelplan 8.2, hier: Umwelt. Bürgerschafts-Drucksache 17/3876 vom 8. Dezember 2003
<http://www.buergerschaft-hh.de/Parldok/tcl/PDDocView.tcl?mode=show&dokid=12605&page=0>
22. ZTV-Baumpfleger – Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Baumpfleger. Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e. V., Bonn 2006
<http://www.fll.de/shop/ztv-baumpfleger-download-edition.html>
23. "Hamburger 'Qualitätsoffensive Freiraum': AUF-ASTEN bis der Arzt kommt". Protest-Plakat der Projektgruppe Stadtnatur Hamburg
<http://www.isebek-initiative.de/uploads/sn/Aufasten-in-Hamburg.pdf>
24. Unnötiger Starkastschnitt: Baumschädigung statt Baumpfleger. - Merkbatt. Arbus Medien, Bad Boll 2011
http://www.baumpfleger-krumpen.de/Arbus_Flyer_Starkast_mittel.pdf
25. "Baum-Verstümmelung am Isebek-Ufer". Dokumentation der Isebek-Initiative, 28. November 2011
http://www.isebek-initiative.de/uploads/bz/D_II_111128_BaumVerstuemmelung-am-IsebekUfer.pdf
26. "Baumschutz in Hamburg". Artikel im BUNDmagazin regional, Hamburg, 4/2009, S. 1 - 2
<http://bund-hamburg.bund.net/fileadmin/bundgruppen/bcmslvhamburg/Service/BUNDmagazin/2009/bm2009-4.pdf>
27. "Streit in Wilhelmsburg: 3300 Bäume sollen weichen - Protest gegen 'Kahlschlag'". Artikel im Hamburger Abendblatt vom 18.2.2010
<http://mobil.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article1387765/3300-Baeume-sollen-weichen-Protest-gegen-Kahlschlag.html>
28. Stichpunktsammlung Gartenschau / Neue Mitte und Bäume, von Jörg von Prondzinski, 17. November 2011 (unveröffentlicht)

"IBA- und IGS-Gelände: Eingriff in Natur und Landschaft größer als bisher bekannt". Pressemitteilung des BUND Hamburg vom 13. April 2011
[http://bund-hamburg.bund.net/index.php?id=4682&tx_ttnews\[tt_news\]=15611&tx_ttnews\[backPid\]=4647](http://bund-hamburg.bund.net/index.php?id=4682&tx_ttnews[tt_news]=15611&tx_ttnews[backPid]=4647)
29. "Zur Schutzwürdigkeit des Willinks Parks in Hamburg-Lokstedt, Bezirk Eimsbüttel", von Harald Duchrow und anderen, 24. Januar 2011
http://www.isebek-initiative.de/uploads/sn/110124_Willinks-Park-schutzwuerdig_K1.pdf
30. "Zum ökologischen Wert des Grünzuges am Isebekkanal", von Harald Duchrow 2008.
<http://www.isebek-initiative.de/uploads/dokumente/background/20080719-Isebek-Biotope.pdf>
31. Anmerkungen zu der vorgeschlagenen "Neugestaltung des Grünzuges an der Isebek" laut Antrag der SPD-Bezirksfraktion Hamburg-Eimsbüttel vom 23.02.2006, von Harald Duchrow,

10. April 2006
http://www.isebek-initiative.de/uploads/bz/060410_D_Anmerkung-zu-Ise-Promenade.pdf
32. Stellungnahme zum Bebauungsplanentwurf Hoheluft-West 13 / Harvestehude 12 in der Fassung der erneuten Auslegung vom April 2008, von Harald Duchrow, 26. Mai 2008
http://www.isebek-initiative.de/uploads/dokumente/InterneSchriften/080526_Stellungnahme_Bebauungsplan_Hoheluft.pdf
33. Unterschriftenliste des Bürgerbegehrens "Hände weg vom Isebek!", 21. August 2008
<http://www.isebek-initiative.de/uploads/dokumente/unterschriften/20080821-Buergerbegehren-Unterschriftenliste.pdf>
34. Text des Bürgerbegehrens "Für die Respektierung des Bürgerwillens in Eimsbüttel!", 9. Oktober 2009
http://www.isebek-initiative.de/uploads/dokumente/background/091009_IsebekBuergerbegehren2_Text.pdf
- "Bürger begehren auf: gegen die Missachtung des Bürgerwillens in Eimsbüttel".
 Pressemitteilung der Isebek-Initiative vom 7. Oktober 2009
http://www.isebek-initiative.de/uploads/dokumente/background/IsebekInitiative_091007_BB2-Start.pdf
35. "Eimsbüttler Appell": die Ziele des Bürgerentscheids "Für die Respektierung des Bürgerwillens in Eimsbüttel!", 27. Mai 2010
<http://www.isebek-initiative.de/archives/16-Eimsbuettler-Appell.html>
36. Biotopvernetzung der Gehölzsäume am Isebekkanal und an der U-Bahnstrecke Hoheluft – Schlump. Karten und Fotos, Mai 2010
http://www.isebek-initiative.de/uploads/dokumente/background/Biotopverbund_Isebek-HoheluftBhf-Schlump.pdf
37. "Eimsbüttler Bürger entschieden für die Natur und gegen einen Büroklotz am Isebekkanal".
 Weblog der Isebek-Initiative vom 13. Juli 2010
<http://www.isebek-initiative.de/archives/19-Isebek-Initiative-gewinnt-Buergerentscheid.html>
38. "Wenn Demokratie zur Farce wird: Was ist ein Bürgerentscheid in Hamburg wert?". Weblog der Isebek-Initiative vom 13. Mai 2011
<http://www.isebek-initiative.de/archives/25-Demokratie-als-Farce.html>
39. "Naturschutz in der Stadt: das Isebek-Modell". Weblog der Isebek-Initiative vom 14. November 2011
<http://www.isebek-initiative.de/archives/27-Stadtnaturschutz-am-Isebek.html>
40. "Grünvolumenzahl". Kurzbeschreibung bei Wikipedia, abgerufen am 24.1.2012
<http://de.wikipedia.org/wiki/Gr%C3%BCnvolumenzahl>
41. "Bodenversiegelung, Grünvolumen, Biotopwertigkeit - Praktische Erfahrungen des Umweltmonitorings in Potsdam". Präsentationsfolien eines Vortrags von S. Tervooren & A. Frick, 17. Juni 2010
http://www.xn--ir-monitor-ecb.de/fileadmin/Dokumente/Symposium_2010/TERVOOREN-FRICK_Umweltmonitoring-Potsdam.pdf
42. Deutscher Rat für Landespflege: "Freiraumqualitäten in der zukünftigen Stadtentwicklung".
 Schriftenreihe des Deutschen Rates für Landespflege, Heft 78, 2006
http://www.landspflege.de/schriften/DRL_SR78_Screen.pdf
43. Landschaftsprogramm einschließlich Artenschutzprogramm der Freien und Hansestadt Hamburg. Gemeinsamer Erläuterungsbericht, Juli 1997
http://www.isebek-initiative.de/uploads/dokumente/background/LAPRO_1997.pdf